Humanistische Union

Ohne Druck von außen geht nichts

Die gesellschaftlichen Gruppen Israels und die Chancen des Friedensprozesses,

Aus: vorgänge Nr.178, Heft 2/2007, S.142-148

Seit dem Libanonkrieg vom Sommer 2006 ist eine gesteigerte Politikverdrossenheit in der israelischen Gesellschaft zu beobachten. Die Mehrheit reagiert eher lethargisch auf neue "Skandale" - egal, ob es sich um das sukzessive Bekanntwerden militärischer Pannen oder Versäumnisse handelt oder auch das Auftauchen immer neuen Affären der politischen Führung. Gegen Staatspräsident Mosche Katzav (dessen Amtszeit im Juli endet) wird wegen schwerer Sexualdelikte ermittelt. Gegen Premier Ehud Olmert sowie dessen Spezi und bisherigen Finanzminister Avraham Hirshson laufen Ermittlungsverfahren wegen diverser Korruptionsvorwürfe. Dennoch geht es dem Durchschnittsisraeli besser denn je. Die Ökonomie floriert - trotz Krieg erreichte Israel im Jahr 2006 die Traumquote beim Wirtschaftswachstum von fünf Prozent. Der Terror hat im Vergleich zu den Hoch-Zeiten der Al Aksa-Intifada deutlich nachgelassen. Was hinter dem Sperrwall in der Westbank passiert, interessiert die meisten Israelis wenig.

Warum die Lage so ist, lässt sich am besten in einem Rückblick auf die letzten zehn Jahre begreiflich machen. Es ist zugleich ein Versuch, die Dynamik der israelischen Gesellschaft zu erklären. Als ich im Januar 1996 als FR-Korrespondentin nach Jerusalem kam, hatte der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern einiges an Tragik hinter sich: Das Attentat in der Machpela von Hebron, das von dem israelischen Rechtsextremisten Baruch Marzel verübt worden war; woraufhin mehrfach israelische Busse in die Luft gingen, gesprengt von Selbstmordattentätern der Hamas, die sich in "menschliche Bomben" verwandelt hatten; schließlich der Mord an Yitzhak Rabin, begangen von einem fanatischen jüdischen Studenten.

Aber der Friedenprozess hatte all das überlebt. In den Osloer Jahren war es fast schon ein geflügeltes Wort, wann immer neue Störmanöver passierten: der Friedensprozess ist unumkehrbar. Dies war eine Illusion, wie sich im Jahr 2000 und danach zeigen sollte. Aber in den Osloer Jahren glaubte man trotz wachsender Skepsis noch an einen Prozess der Annäherung und des Ausgleichs zwischen Israelis und Palästinensern.

Es gab in Israel ein Friedenslager, bestehend aus vornehmlich säkularen Linken, die in der Meretz-Partei, in Avoda oder Hadasch politisch beheimatet waren. Sie alle, von Naomi Chazan über Jossi Beilin bis hin zu Haim Ramon hatten gute, bisweilen gar herzliche Kontakte zu palästinensischen, säkularen Politikern aus der Fatah: voran Marwan Barghouti aber auch zu geläuterten PFLP-Kämpfern wie z.B. Riad Malki oder zu Mitgliedern der ex kommunistischen People-Party, in der Mustafa Barghouti zu Hause war. Es war die Zeit, in der Schimon Peres und Yassir Arafat vor der Sozialistischen Internationale miteinander charmierten und Jossi Beilin und Mahmoud Abbas an einem Entwurf für dauerhaften Frieden arbeiteten - das spätere Beilin/Abu Masen-Papier.

Die Protagonisten dieser gesellschaftlichen Gruppierungen auf beiden Seiten, die damals zumindest ein Mehrheitspotenzial hinter sich wussten, kamen miteinander ausgesprochen gut aus. Die Insider zogen das Verhältnis auf dieser Ebene oft gar der Auseinandersetzung mit den religiösen und/oder nationalistisch-konservativen "Bremsern" und Kompromissgegnern in der eigenen Nation vor.

Auch das war einer der Irrtümer von Oslo, wie sich zunehmend zeigte.

Im Grunde genommen offenbarte sich das bereits bei den israelischen Nationalwahlen im Mai 1996, ein halbes Jahr nach dem Attentat auf Rabin. Benjamin Netanyahu vom Likud gewann knapp gegen Schimon Peres. Das Zünglein an der Waage spielten die russischstämmigen Wähler. Sie sind eine säkulare aber nicht eben progressive Klientel von Wechselwählern, wie sich auch bei den folgenden Wahlen zeigte. Im israelischen Kaleidoskop stellen die "Russen", wie der Einfachheit halber sämtliche Einwanderer aus den früheren GUS-Staaten genannt werden, rund zwanzig Prozent der Bevölkerung.

Den Ausschlag gaben die "Russen" auch im Sommer 1999, als Ehud Barak die Mehrheit für sich und die Arbeitspartei holte. Barak siegte als der hochdekorierte General, dem man sicherheitspolitisch mehr zutraute als dem durch Affären ins Schlingern geratenen Netanyahu. Später, 2001, liefen die "Russen" in Scharen zu Ariel Scharon über, dem noch stärkeren Ex-General mit der "eisernen Faust".

Das soziologische Psychogramm der "Russen" ergibt ein etwas klischeehaftes Bild, das, wie könnte es anders sein, im Einzelfall natürlich überhaupt nicht zutreffen muss. Dennoch fällt als Tendenz auf, dass autoritäre Regime und "starke" Männer, siehe Avigdor Lieberman von Yisrael Beitenu (Israel ist unser Heim) oder der Multi-Milliardär Arcady Gaydamek ausgesprochen populär sind. Gewohnt an ganz andere Größenordnungen, an die weiten Areale Russlands und anderer Ex-GUS-Staaten, bringen die "Russen" eigene Einwände gegen die für einen dauerhaften Frieden nötigen Landkompromisse vor.

Da sie in den achtziger Jahren eingewandert waren, kannten die meisten von ihnen auch nicht die Traumata der israelischen Kriege, weder das vom Yom Kippur (1973), noch das des ersten Libanon - Krieges von 1982, jedenfalls nicht aus eigenem Erleben. Bei den "Sabras", den im Land Geborenen (benannt nach einer heimischen Kaktus-Frucht, außen stachelig, innen süß), speist sich die Friedenssehnsucht ja nicht zuletzt aus der Erfahrung dieser Existenz bedrohenden Kriege. Umso mehr traf der Libanon Krieg vom vergangenen Sommer die "Russen" wie ein Schock. Wenn überhaupt, ist der Wunsch nach Auswanderung in Reaktion auf die Bedrohungslage durch die Hisbollah vor allem im russischen Sektor in Israel gewachsen.

Auch die Misrahim, die sephardische Klientel, zeigt immer wieder die Neigung, im Zweifelsfall die Rechtskonservativen vorzuziehen - und das nicht nur wegen ihres Hangs zu "starken Figuren". Sephardische Likud-Wähler sind treu-loyale Anhänger wie es sonst nur Fußballfans sein können, sie halten zu ihrem Club, komme, was da wolle.

Das ist nicht zu verstehen ohne den Kontext des fast revolutionären Wechsels Mitte der siebziger Jahre, als erstmals der rechte Likud die linke Arbeitspartei ablöste, die zuvor dreißig Jahre lang Regierungspartei gewesen und entsprechend korrumpiert war. Der Likud hatten damals ihnen, den Benachteiligten, Gehör geschenkt, hatte ihren Nöten eine Stimme gegeben und eine politische Heimat. Etwas, was die aschkenasische Elite viel zu lange naserümpfend verweigert hatte.

Die Sepharden, also die Juden aus Nordafrika und anderen Nahost-Staaten, repräsentieren um die 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung. Auch sind sie längst typische Israeli geworden. Viele haben einen enormen Aufstieg geschafft, ob in Universitäten, Militär oder Politik. Einige prominente Beispiele: der Historiker und frühere Außenminister Schlomo Ben-Ami, der Ex-Generalstabschef und jetzige Transportminister Schaul Mofas, selbst der Staatspräsident ist/war mit Mosche Katzav ein Sepharde.

Das sephardische Spektrum ist mithin weit weniger homogen als das der "Russen", die wie gesagt auch nicht durch die Bank Lieberman -Fans sind. Viele Sepharden haben heute aschkenasische Ehepartner. Gemischte Familien sind ausgesprochen verbreitet. Dennoch hat sich zumindest subjektiv das Gefühl, deklassiert zu sein, unter den Misrahim gehalten. Es gibt dafür auch objektive Gründe wie zum Beispiel einen vergleichsweise höheren Prozentsatz an Arbeitslosen etc. Tatsächlich sind die Lebensverhältnisse des "zweiten Israel", wie man sie in den Entwicklungsstädten im Negev, etwa in dem von Kassem -Raketen geplagten Sederot, vorfindet, in ihrer Ärmlichkeit und Vernachlässigung teils schockierend. Israelbesucher bekommen davon gewöhnlich wenig mit.

Gerade weil viele Misrahim zu den unteren Schichten gehören, äußerlich entsprechend ihrer Herkunft wie Araber aussehen, legen sie Wert darauf, sich von den Palästinensern besonders abzusetzen. Unter linken Aschkenasen galt es lange Zeit als schick, Kontakte zu Palästinensern zu besitzen. Der durchschnittliche Misrahi blickt auf Palästinenser hinab - allerdings ist das Verhältnis eher widersprüchlich und nicht sehr distanziert. Zum Beispiel sprechen und verstehen viele ältere Sepharden oft noch sehr gut arabisch; man hat einen anderen Zugang zu der Kultur (etwa zur arabischen Musik - die libanesische Sängerin Fairuz wird vielfach auch von sephardischen Israelis verehrt). Die Misrahim könnten mithin eine Brücke der Verständigung zwischen den Kulturen im Sinne des Friedensprozesses sein. Der linke, aus Marokko stammende Dokumentarfilmer David Benschitreet hat eine Reihe interessanter Begegnungsprojekte daran geknüpft.

Jedenfalls flogen die Hoffnungen im Friedenslager hoch, als Ende 2005 der schnauzbärtige Amir Peretz, der aus einer marokkanischen Einwandererfamilie stammt, die Spitze der Arbeitspartei erklomm und zum Hoffnungsträger gekürt wurde. Peretz verkörperte eine geradezu sozialrevolutionär anmutende Kombination aus kämpferischem Gewerkschaftsführer, was Basisnähe garantierte, und linkem Friedensvisionär, der früher bei Peace Now (Schalom Achschaf)mitmarschiert war.

Von Peretz erhoffte man den Durchbruch hin zur Entdeckung gemeinsamer Interessen zwischen den linken aschkenasischen Intellektuellen und den proletarischen Misrahim. "Fast zu schön um wahr zu sein", meinte damals, im Wahlkampf 2006, Uri Avnery. Und so war es dann auch. Unter beiden Anhängerschaften von Peretz, unter den Edellinken wie den sozial Benachteiligten, kippten die kühnen Hoffnungen in bitterste Enttäuschung um. Ein Prozess, den der Libanon-Krieg beschleunigte.

Misrahim und "Russen" schätzen sich gegenseitig eher gering, aber sie haben heute eines gemeinsam: ein ungekanntes Ausmaß an Politikverachtung.

Ein weiterer großer Bevölkerungsanteil, der für den derzeit nicht wirklich vorhandenen Friedensprozess eine bedeutende Rolle spielen könnte, ist die arabische Minderheit, die alteingesessenen Palästinenser von 1948, die einen israelischen Pass haben. Dank ihren Knesset-Abgeordneten brachte Rabin seinerzeit die knappe Mehrheit (nur eine Stimme mehr) zustande, um die Osloer Verträge im Parlament durchzubringen. Der Niedergang des Friedensprozesses, genauer gesagt, der Ausbruch der bewaffneten Intifada im Herbst 2000 auf der Westbank und in Gaza, hatte unmittelbare Konsequenzen für die arabische Minderheit.

Entscheidend war der "Schwarzer Oktober", als bei unbewaffneten Demonstrationen der arabischen Minderheit 13 Teilnehmer von der israelischen Polizei erschossen wurden. Die arabischen Israelis fühlten sich isoliert, verstoßen und verfolgt von der Mehrheit und ihren Staatsbehörden. Überwunden geglaubte Vorurteile, gepaart mit tiefem Misstrauen traten wieder zutage. Die arabischen Israelis sahen sich bestätigt, Bürger zweiter Klasse, nicht nur im sozialen, sondern auch im rechtsstaatlichen Sinn zu sein. Ein noch von Ehud Barak in Auftrag gegebener Untersuchungsausschuss erhellte zwar die Missstände, bewirkte aber keine nachgreifend positive Veränderung.

Daran entzündeten sich neue Debatten, sowohl über die arabischen Israelis (die bei den Rechten schon immer im Verdacht standen, als fünfte Kolonne der arabischen Welt im jüdischen Staat zu fungieren) als auch innerhalb des Minderheitssektors.

So präsentierte Avigdor Lieberman, der inzwischen in der Regierung Ehud Olmert als Minister für Strategische Bedrohung fungiert, im Wahlkampf 2006 die Idee, die arabische Minderheit auszugliedern. Deren Bevölkerungszentren im Gebiet um Um el-Fahim (im Süden Galiläas) würde Lieberman gerne ausgrenzen und an die Westbank anschließen. Im Gegenzug sollen die Palästinenser dafür einer Annexion jüdischer Westbank-Siedlungen durch Israel zustimmen.

Aber auch innerhalb der arabisch israelischen Minderheit gibt es Abgrenzungstendenzen. Seit Monaten bestimmen diverse Papiere über Perspektiven und Selbstverständnis der israelischen Araber die internen

Debatten. Bestritten werden sie vor allem von Bürgerrechtsorganisationen und intellektuellen Vordenkern. Bei allen Unterschieden ist ihnen eines gemeinsam: Es geht ihnen im Verhältnis zu den jüdischen Israelis nicht mehr "nur" um Gleichberechtigung. Die arabisch-israelischen Bewegungsaktivisten sind heute vielfach separatistisch orientiert und auf eine gezielte Provokation der jüdischen Mehrheit aus. Die einen fordern kollektive kulturelle Autonomie für die moslemisch - christliche Minderheit im jüdischen Staat, die anderen, voran Azmi Bischara, einen Staat aller Bürger anstelle des jüdischen. Das nationale, identitätsstiftende Element im Forderungskatalog ist mindestens so stark wie das soziale. Die jüdischen Israelis reagieren geradezu hysterisch auf diese neue Debatte, abzulesen auch am laufenden Verfahren wegen Verdachts des Staatverrats gegen Bischara, der sich inzwischen nach Katar abgesetzt hat.

Kenner der Materie wie Eli Rekhess von der Tel Aviver Universität sprechen von einer Zeitbombe, falls nicht bald eine effiziente politische Entschärfung dieses Sprengkraftpotenzials gelingt. Gefährlich für den jüdischen Staat ist es nicht zuletzt, weil dadurch eine Zwei-Staaten-Lösung in Frage gestellt wird. Mehr und mehr israelische Araber wie Palästinenser setzen bereits langfristig auf die "Ein-Staaten-Lösung", weil die ihren eigenen Interessen besser Rechnung trage.

Zur Skizzierung des Größenverhältnisses: Die arabischen Israelis sind mit etwa 20 Prozent Bevölkerungsanteil fast gleich stark wie die russischsprachigen Einwanderer. In sich gliedert sich die arabisch-israelische Minderheit folgendermaßen auf: 82 Prozent Moslems, sowie je 9 Prozent Christen und Drusen. Deren Interessen sind zwar durchaus unterschiedlich .Viele Drusen aus Galiläa etwa dienen sogar in der israelischen Armee. Aber das Gefühl, nicht richtig dazu zu gehören, hat im gesamten arabischen Sektor in den letzten Jahren zugenommen.

Zu den modernen "Stämmen" Israelis gehören weitere ethnische Gruppierungen, zum Beispiel die äthiopischen Einwanderer. Sie sind eine marginale, aber sozial schwer zu integrierende Minderheit, die wiederum in die als Juden Anerkannten und die Falushmara (konvertierte Christen) unterteilt werden.

Ebenso lässt sich eine ethnisch wenig homogene, dennoch leicht definierbare Gruppierung benennen: die jüdische Siedlerschaft in den besetzten Gebieten. Prozentual macht ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung rund zehn Prozent aus (einschließlich der Siedler in Ost-Jerusalem). Aber sie wächst, trotz Gaza-Abzug. In den Osloer Jahren hat sie sich im Westjordanland von 100 000 Mitgliedern zu Beginn der 90er Jahre bis zum Jahr 2000 verdoppelt. Heute zählt sie laut Peace Now etwa 250 000 Siedler in der Westbank, inklusive der jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem sind es sogar 450 000. Dazu kommen rund 20 000 Golan -Siedler.

Die Mehrzahl der Siedler ist nicht primär ideologisch ausgerichtet. Es gibt die Anhänger der "Lebensqualität", die in "Samaria" oder "Judäa" reine Natur suchen oder auch nur bezahlbare, gute Wohnungen mit Vorgarten. Die politische Führung ist allerdings rechtsnational ausgerichtet. Mafdal-Partei (Nationalreligiöse) und Yescha-Council (Siedler-Rat) bilden die politische Lobby. Seit dem Gaza-Abzug werden sie von radikalisierten, vorwiegend jugendlichen Siedlern (Hügeljugend) hart kritisiert und wegen zu "laschen Protests" in Frage gestellt. Erheblichen Einfluss haben auch die messianischen, rechtsradikalen Siedler; vorwiegend zu finden in Hebron, aber auch in Itamar oder Yitzhar, den jüdischen Kolonien im Norden des Westjordanlandes.

Der Gaza-Abzug hat zwar gezeigt, dass das Siedler-Projekt für die israelische Mehrheit keineswegs eine Herzensangelegenheit ist - mehr als 7000 Gaza-Siedler wurden in wenigen Tagen geräumt, ohne dass dies ein politisches Erdbeben ausgelöst hätte. Der Präzedenzfall, dass eine Siedlungsräumung machbar ist, wurde also geliefert. Nur, auch die Siedler haben aus der Niederlage gelernt und werden beim nächsten Mal womöglich ganz anders agieren, wie sich bei der Räumung des Westbank-Außenposten Amona bereits zeigte.

Dennoch gibt es ein beachtliches Potenzial an Siedlern, die mit finanziellen Anreizen und sonstiger Unterstützung ins Kernland ziehen würde n. Nicht zuletzt, weil sie innerhalb des israelischen Mainstream

bleiben wollen.

Eine Sonderstellung kommt auch den Ultraorthodoxen im israelischen Spektrum zu. Zum ein en gibt es die bisweilen kurios anmutenden Anti-Zionisten. Weit stärker sind aber jene Haredim (Gottesfürchtige), die einen teils staatlich finanzierten, frommen Lebensweg gehen. Ihre Rolle in einem Friedensprozess wird von der politischen Klasse oft darauf reduziert, ihre potenziellen Einsprüche zu "neutralisieren", in dem man ihren Klientel wünschen, ob finanziell oder auch anders gelagert, entgegen kommt.

Das religiöse Spektrum, insbesondere national-rechte Rabbiner, brachte andererseits immer wieder ultimative, alttestamentarisch aufgeladene Einsprüche gegen Landkompromisse in "Judäa" und "Samaria" hervor - die Bibel dient ihnen gewissermaßen als eine Art Grundbuch. Auch hatte sich der Rabin-Attentäter Yigal Amir bei Rabbinern eine "Legitimation" verschafft und sich später auf die "pulsa denura" berufen, die Todesstrafe für jüdische Verräter. Nicht von ungefähr traf sich denn auch im Sommer 2005, wenige Wochen vor dem Gaza-Abzug, ein ultrarechter konspirativer Zirkel, um nächtens beim Feuerschein eine "pulsa denura" gegen den "Verräter" Ariel Scharon auszusprechen. Einige fromme Fanatiker glauben heute, dass das sogar gewirkt habe, da Scharon ja ein halbes Jahr später ins Koma gefallen sei.

Viel zu wenig ausgeschöpft ist gleichwohl das Potenzial eines interreligiösen Dia logs, um Lösungen zu erleichtern. Dabei werden so genannte "Interfaith" - Treffen längst im kleinen Rahmen zwischen israelischen und palästinensischen Glaubensvertretern im Sinne des Friedensprozesses praktiziert. Gemeinsamkeiten sind offenbar gar nicht so schwer zu finden zwischen gläubigen Juden, Moslems und Christen - der Wille dazu vorausgesetzt.

Im Grunde funktionieren selbst Schas (die sephardisch religiöse Partei) und die palästinensische Hamas nach ähnlichem Prinzip: man hat einen sozialen Flügel, unterhält, Kindergärten und Krankenpflege, auch wenn Schas selbstverständlich im Gegensatz zur Hamas keinen bewaffneten Arm besitzt. Wohlgemerkt, Schas und Hamas unterhalten Schas und Hamas keinerlei Kontakt miteinander. Aber es gibt frappierende Ausnahmepersönlichkeiten, zum Beispiel den Rabbiner Menachim Froman aus der Siedlung Tekoa südlich von Bethlehem, der früher Kontakte zu Yassir Arafat pflegte und heute noch immer zu unterschiedlichsten Palästinensern, inklusive den "Bärtigen", d. h. in der Regel der Hamas nahe stehende religiöse Moslems.

Die gesellschaftliche Dynamik bietet mithin beides: ein Potenzial, sich hinter Friedensbemühungen zu stellen, als auch, sie zu kippen. Das hängt ganz von der politischen Führung ab und von dem Preis, den Frieden hat.

Die alten Oslo - Anhänger (Beilin etc.) sind inzwischen zwar oft verpönt, ihr politischer Einfluss ist marginal. Aber sie weisen auf einen interessanten Punkt hin, so etwa der Chef im Peres -Peace-Center Ron Pundak, der früher einer der israelischen Unterhändler in Oslo war. Selbst in den finsteren Zeiten blieb es in etwa bei einer Mehrheit von sechzig Prozent, die für eine Zwei Staaten-Lösung ist. Die Frage ist nur, ob diese Mehrheit dazu steht, wenn mehr ins Bewusstsein rückt, wie bitter der Preis sein wird: selbst eine Annexion der Siedlungsblöcke einhergehend mit Gebietstausch bedeutet bestenfalls Erhalt von 80 Prozent der Siedlerschaft. Zehntausende müssten geräumt werden.

Welche Regierung wird sich an diese Aufgabe wagen? Keine vermutlich, solange es sich vermeiden lässt. Man braucht also Druck von außen.

Immerhin, neue Dynamik ist in Nahost durch die saudische Friedensinitiative (Anerkennung Israels im Gegenzug für eine Rückgabe aller besetzten Gebiete) entstanden. Eine israelische Mehrheit ist dafür, sie ernst zu nehmen und zu testen. Ein neues Bündnis aus Friedensbewegten bildet sich derzeit heraus, um für die saudische Friedensinitiative zu werben. Deren Befürworter sind auch im politischen Establishment zu finden , in Parteien, Regierung, Verteidigungs- und Außenministerium. Aber unabhängig davon verdient die israelische Friedensbewegung, die zwar oft totgesagt wurde, aber anscheinend nicht tot zu kriegen ist ,

Aufmerksamkeit. Daher an dieser Stelle eine kleine Übersicht:

Auf der etablierten Ebene dominiert die Genfer Friedensinitiative mit Yossi Beilin und Yassir Abed Rabbo als Partner. Ebenso fanden sich Ami Ayalon und Sari Nusseibeh für eine Unterschriftensammlung für die Grundzüge eines Friedenskonzepts.

Daneben arbeitet eine Menge kreativer Wildwuchs: Zum Beispiel die jüdisch arabische Gruppe Taayoush; außerdem die Frauen von Machsom Watch, die an den Militärcheckpoints Übergriffe von Soldaten gegen Palästinenser notieren und regelmäßig dokumentieren. Weiter engagieren sich linke Aktivisten von New Profile, den Anarchists for Peace oder den Bil'in-Aktivisten, die seit nunmehr anderthalb Jahren jeden Freitag in dem gleichnamigen Westbank-Dorf gegen Sperrwall und Landenteignung demonstrieren. Jesch Din (Es gibt ein Recht) wiederum bemüht sich, die Militärgerichte in der Westbank unter öffentliche Kontrolle zu bringen.

Hervorzuheben sind auch die Combatants for Peace, ehemalige Kampfsoldaten, die einen Dialog mit ehemaligen Fatah-Kämpfern führen.

Die Liste ist bei weitem unvollständig. Hier erwähnt sind auch nur Initiativen, die seit 2000 entstanden sind. Dazu gibt es natürlich die "Klassiker", angefangen von Schalom Achschaf (Frieden Jetzt), über Jesch Gvul (Es gibt eine Grenze), Gusch Schalom von Uri Avnery, die israelischen "Physisians for Human Rights", die Rabbiner für Menschenrechte und viele mehr.

Ansprechpartner für eine Entspannungspolitik finden sich mithin im breiten gesellschaftlichen Spektrum. Aber wer helfen will, etwas zu bewegen, sollte die Gesamtgesellschaft, inklusive der Rechten und Religiösen, im Auge behalten.

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/178-vorgaenge/publikation/ohne-druck-von-aussen-geht-nichts/
Abgerufen am: 07.11.2026